

# Presseinformation

des Oberösterreichischen Landesrechnungshofes

LRH / Initiativprüfung / IP Kommunales Klima- und Energiemanagement in OÖ

## **Gemeinden brauchen mehr Struktur bei Klimaschutz und Energiewende – mehr Akzeptanz für erneuerbare Energien schaffen**

***Gemeinden haben bei den Themen Klima und Energie eine besondere Vorbildwirkung. Sie sind zentrale Motoren dafür, die Klima- und Energiewende auf regionaler Ebene voranzutreiben. Das Land OÖ ist dabei gefordert, den Rahmen für eine strukturierte Weiterentwicklung in den Gemeinden zu setzen. Jede Gemeinde braucht – aufbauend auf den übergeordneten Zielsetzungen – eine eigene Klima- und Energiestrategie.***

***Optimierungspotentiale gibt es in allen fünf vom LRH geprüften Gemeinden. Bei den erneuerbaren Energieträgern kann speziell Photovoltaik langfristig dazu beitragen, die Energieausgaben in den Gemeinden zu senken. Wichtig wäre es auch, breitere Akzeptanz für die Windkraft zu schaffen. Wie dies gehen kann, zeigt das Beispiel der Gemeinde Munderfing im Bezirk Braunau.***

„Klimaschutz geht uns alle an. Die öffentliche Hand hat die Aufgabe, die Folgekosten des Klimawandels durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen“, erklärt LRH-Direktor Mag. Rudolf Hoscher. Der LRH unterstützt Klimamaßnahmen grundsätzlich, hinterfragt diese aber gleichzeitig in Bezug auf ihre Wirtschaftlichkeit.

### **Das Vorbild macht's – Regionale Strukturen verbessern**

„Gerade die Gemeinden haben aufgrund ihrer Bürgernähe bei Klima und Energie eine besondere Vorbildwirkung“, sagt der LRH-Direktor. Neben bewusstseinsbildenden Maßnahmen werden künftig vor allem konkrete Umsetzungsprojekte im Klima- und Energiebereich ins Blickfeld rücken. Organisatorisch beruht die kommunale Klima- und Energiewende derzeit weitgehend auf freiwilligen Mitgliedschaften der Gemeinden in regionalen Netzwerken oder der Teilnahme an Förderprogrammen. Dadurch ergeben sich – ohne sachlich nachvollziehbare Begründung – deutliche Unterschiede bei der Anzahl und Art der Mitgliedschaften. Vor allem Kleingemeinden sind mit der Vielzahl an Möglichkeiten tendenziell überfordert. „Die europarechtlichen Vorgaben und die nationalstaatlichen Ziele sind aber für die Gemeinden bindend; es braucht daher eine strukturelle Weiterentwicklung bzw. zentrale Steuerung durch das Land OÖ“, führt Hoscher aus.

Oberösterreich soll spätestens bis 2040 klimaneutral werden, daher beschloss die Oö. Landesregierung 2022 eine integrierte Strategie für Klimaschutz, Klimawandel-Anpassung und Energie, die geeignet ist, die Klima- und Energiewende in OÖ maßgeblich zu unterstützen. Wichtig wäre es, Zielwerte bzw. Indikatoren zu konkretisieren und die Gemeindethemen sukzessive mit Inhalten zu füllen. Das betrifft beispielsweise die klimaorientierte Weiterentwicklung des Kostendämpfungsverfahrens bei Bauvorhaben bzw. der „Gemeindefinanzierung Neu“ sowie die Abschaffung derzeit vorhandener Hürden für Härteausgleichsgemeinden bei regionalen Mitgliedschaften. Das Land OÖ sollte die Gemeinden bei der Zielerreichung unterstützen und die Verbindlichkeit zur Maßnahmenumsetzung forcieren.

### **Klima- und Energiestrategie für jede Gemeinde entwickeln – weitere Maßnahmen setzen**

„Wir haben das kommunale Klima- und Energiemanagement in Engelhartzell, Munderfing, Pucking, Tragwein und Weißenkirchen im Attergau im Detail geprüft“, erörtert der LRH-Direktor. Aus strategischer Sicht ist die Gemeinde Munderfing weit fortgeschritten; sie hat bereits 2005 ihre erste Klima- und Energiestrategie verfasst. Ihr Ziel war, den Energiebedarf innerhalb von 30 Jahren ausschließlich aus erneuerbaren Energieträgern zu decken. Die anderen geprüften Gemeinden hatten keine langfristigen Strategien. „Jede Gemeinde sollte eine kommunale Klima- und Energiestrategie entwickeln und konkrete Maßnahmen daraus ableiten; dazu werden aber zusätzliche Ressourcen erforderlich sein“, skizziert Hoscher. Das Land Oberösterreich sollte den Rahmen für eine strukturierte Weiterentwicklung schaffen und die Umsetzung kommunaler Klimastrategien verbindlich regeln.

Insgesamt zeigt sich, dass die Energieausgaben im Vergleichszeitraum 2021 bis 2023 deutlich stiegen, die Verbräuche in den Gemeinden aber sanken. Eine Möglichkeit die Ausgaben zu senken wäre, künftig verstärkt Vergleichsangebote von Energieversorgern einzuholen. Zusammenfassend gibt es bei den geprüften Gemeinden unter anderem bei Stromverträgen, Heizungstausch auf erneuerbare Energieträger und Energiebuchhaltung noch Luft nach oben. Erste Verbesserungen haben sämtliche Gemeinden noch während der Prüfung realisiert.

### **Photovoltaik in den Gemeinden im Vormarsch – Akzeptanz für Windkraft schaffen**

Alle geprüften Gemeinden hatten bereits Photovoltaikanlagen in unterschiedlichem Ausmaß auf gemeindeeigenen Dächern errichtet. Die Photovoltaik trägt als bedeutendste erneuerbare Energie zur Stromerzeugung in den Gemeinden bei und ist eine Möglichkeit, die Energieausgaben langfristig zu senken. Die Gemeinden sollten nun die Errichtung von Energiegemeinschaften prüfen, um den selbsterzeugten Strom effizient zu verwenden bzw. verteilen zu können.

Eine Vorreitergemeinde im Bereich der Windenergie ist Munderfing. Die Gemeinde betreibt im Kobernaußerald einen Windpark (sechs Windräder) und leistet damit seit mehreren Jahren einen überproportional hohen Beitrag zur Energiewende. Die wirtschaftlichen Ergebnisse sind aufgrund der Marktsituation seit 2022 hervorragend; 2023 betrug der Überschuss beispielsweise knapp fünf Mio. Euro. „Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Risiken kann der Betrieb eines Windparks aber kein Kerngeschäft einer Gemeinde sein“, führt der LRH-Direktor aus. Ihre Aufgaben liegen vielmehr darin, die rechtlichen, raumordnerischen und vor allem gesellschaftspolitischen Grundlagen für den Ausbau der Windkraft zu schaffen. „Generell sehen wir in der Windkraft ein erhebliches Potential zur Versorgung der öö. Bevölkerung und des Wirtschaftsstandortes OÖ mit regionalem Strom“, erklärt Hoscher abschließend.

Rückfragen-Kontakt: Dr. Friederike Riekhof (+43) 732 7720-14091 oder mobil (+43) 664 60072-14091